

Allgemeiner Anzeiger

Tageblatt für das Bollme- und Ennepegebiet

Verbreitungsbezirk: Halver, Oberbrügge, Brügge, Schalksmühle, Dahlebrück, Rönshahl, Kierspe, Kierspe-Bhf., Bollwerk, Bollme, Lüdenscheid, Meinerzhagen, Balbert, Dhl, Kupferberg, Radevormwald, Breckerfeld usw.

Druck und Verlag: Wihl. Bell jr., Halver.

Fernsprecher Nr. 42, Amt Halver.

Telegramm-Adresse: Anzeiger Halver.

Nr. 149

Anzeigenpreis: für 1 mm Höhe, (34 mm breit) 6 Goldpfennig, für Behörden, Finanzanzeigen und auswärtige Anzeigen 10 Goldpfennig, Reklame 40 Goldpfennig, — Offsetgebühren 10 Goldpfennig und Porto. —

Halver
Samstag, den 28. Juni

Erscheint wöchentlich 6 mal.
Gratisbeilagen: „Zeitgeschehen im Wochenbild“, „Des Landmanns Sonntagsblatt“ und „Herb und Scholle“

1925

Heute die Beilage:
„Zeitgeschehen im Wochenbild.“

Kleine Zeitung für eilige Leser.

* Beim Finanzausgleich zwischen Reich, Ländern und Gemeinden wollen Sozialdemokraten, Demokraten, Zentrum und Bayerische Volkspartei dafür eintreten, daß auf drei Jahre 20% der Friedensmiete zu Wohnungsbauzwecken verwendet werden.

* Im Reichstage wurde die Verlängerung der deutschen Steuernotverordnung bis zum 15. Juli d. J. angenommen.

* Vertreter der Reichsregierung hatten in Berlin offizielle Besprechungen mit Dr. Eckener über die Ausfichten einer Nordpolexpedition in einem Zeppeleinluftschiff.

* Der Staatsanwalt beantragte in dem Leipziger Prozeß wegen des Rathenau-Mordes 3½ Jahre Zuchthaus für Brandt, Freisprechung für Küchenmeister.

* Bei einer Explosion in einem Kinotheater in Kansas City (Amerika) wurden etwa 40 Personen getötet.

Was wird aufgewertet?

Von parlamentarischer Seite wird uns geschrieben: Tumulte in den Wandelgängen des Reichstages, die sich bis zu persönlichen Bedrohungen der Abgeordneten durch zusammengeholte Vertreter der Aufwertungsorganisationen steigerten, vielsündige Arbeit im Aufwertungsausschuß — das kennzeichnet das Werden des neuen Gesetzes über die Aufwertung, dessen Beratung in der nächsten Woche das Plenum des Reichstages beschäftigen soll. Der Ausschuß hat den Gesetzentwurf über die Hypothekenaufwertung durchgearbeitet und nähert sich dem Ende der Besprechung auch des zweiten Gesetzentwurfs, nämlich dem über die Aufwertung der öffentlichen Anleihen. Erschwert wird die Beratung aber dadurch, daß von den Linksparteien noch Vorschläge von Inflationssteuern hineingeworfen werden, die ja an sich mit der Aufwertung nichts zu tun haben. Die Sozialdemokratie wollte eine Sondersteuer auf neu entstandene Vermögen, wobei aber auch jene Vermögen getroffen werden sollten, die sich gegenüber von 1913 nicht um mehr als 20% vermindert haben. Ferner soll der Gewinn aus Grundstücksveräußerungen und schließlich der entschuldete ländliche Grundbesitz noch einer Sondersteuer unterliegen. Die Kompromißparteien stellten sich ohne weiteres grundsätzlich auf den Boden der Inflationsbesteuerung, lehnten aber weitergehende Anträge ab, weil sonst, wenn man auch noch diese Materie behandeln wollte, das Aufwertungsgesetz vermutlich am St. Nimmerleinstag fertiggestellt würde. Dagegen hat man bei der Aufwertung der Kriegsanleihe befürchtet, daß die sozialen Erwägungen sprechen lassen, indem man den Altanleihebesitzern ein über den Regierungsvorschlag hinausgehendes Auslösungsrecht geben will, wonach der Besitzer der umgetauschten Anleihe das Einkommensteuergesetz des Nennbetrages und einen Zuschlag von 4½%, berechnet ab 1. Januar 1926, erhält. Dazu kommt die Vorzugsrente für bedürftige Altanleihebesitzer und ihre unermündlichen Nachkommen, und schließlich ein besonderer Sozialfonds, der aus den Erträgen bestimmter Pölle bis auf fünf Millionen aufzufüllen werden soll. Dieser Sozialfonds hat aber nichts zu tun mit dem propagierten Gedanken, den Hypothekengläubigern praktisch nur eine 15%ige Aufwertung zu geben und die Zinsaufwertung von 10% einem Sozialfonds zuzuführen.

Die Besprechung der Aufwertungsfrage ist gekennzeichnet durch das Bemühen der Kompromißparteien, endgültiges Recht zu schaffen. Zufrieden mit dem Kompromiß bzw. mit der Regierungsvorlage ist ja keine dieser Parteien. In einem Schreiben, das die Zentrums- und die Sozialdemokratische Partei an den Hypothekengläubiger- und Sparerschutzverband gerichtet hat, wird gesagt: „Unter Berücksichtigung der staatlichen und wirtschaftlichen Möglichkeiten ist das vorgeschlagene Kompromiß die bestmögliche Lösung. Das ist kein Werturteil über den Inhalt des Kompromisses, weil ja die Meinungen über das wirtschaftlich Mögliche meilenweit auseinandergehen.“

Daß übrigens auch Hypothekenschuldner durch die bisherigen Beschlüsse ganz außerordentlich in Bedrängnis kommen werden, ist zweifellos, angesichts der Bestimmungen, daß bei Grundstückswechsel der neue Eigentümer, der das Grundstück laut Grundbuch lastenfrei erworben hat und nun die früher getilgten Hypotheken aufwerten muß, ein Rückgriffsrecht auf den ursprünglichen Besitzer erhalten hat. Das kann zum völligen wirtschaftlichen Ruin des Veräußerers führen, weil häufig der Erlös, vom Schleier der Papiermilliarden befreit, nach Goldwert gerechnet, in gar keinem Verhältnis zum wirklichen Wert des Grundstückes gestanden hat. Dabei ist allerdings eine Härteklause für derartig liegende Fälle eingeschaltet worden; wie weit bei der dann notwendigen gerichtlichen Entscheidung die zuständigen Behörden, nämlich die Aufwertungsschüsse, dem geringen Erlös beim Verkauf Rechnung tragen wird, bleibt ihr anheimgestellt; eine Berufung gegen diese Entscheidung ist aber möglich.

Dieser kleine Ausschnitt aus dem wachsenden Aufwertungsrecht zeigt deutlich die geradezu ungeheuerlichen Schwierigkeiten, die bei der Behandlung des Stoffes immer von neuem auftauchen. Überhaupt ist das Charakteristische bei der Behandlung dieser ganzen Frage daß man früher über sie geredet hat, ohne die Tragweite all dessen wirklich zu erkennen, was man sagte. Und zu allem Unglück werden die wirtschaftlichen Schranken der Aufwertungsmöglichkeiten angesichts der täglich schärfer werdenden Wirtschaftskrise immer enger. Und es trägt zur Erbitterung des Kampfes nicht zuletzt die vom Parteistandpunkt aus ja vielleicht recht angenehme, im Interesse einer wirtschaftlich möglichen Erlebung der

ganzen Frage aber überaus beklagenswerte Erscheinung sehr viel bei, wenn im Aufwertungsausschuß und dann auch später bei der Beratung im Plenum Anträge gestellt wurden und werden, die zu erfüllen völlig unmöglich sind. Und die Zahl derartiger Anträge ist Legion.

Schwer ist der Widerstand gegen sie, weil das natürliche Recht zum Dasein sich gerade bei den Ärmsten der Armen geltend machen will. Daher muß wohl hinter das Bemühen der Kompromißparteien, eine endgültige Regelung in der Aufwertungsfrage herbeizuführen, hinsichtlich des Erfolges ein großes Fragezeichen gesetzt werden.

Politische Rundschau.

Deutsches Reich.

Schluß des Industriekongresses in Köln.

Nach der Rede des Reichsbankpräsidenten Dr. Schacht ging nach Dankesworten des Geh. Kommerzienrats Louis Haggen und des Ehrenvorsitzenden Dr. Sorge die Mitgliederversammlung des Reichsverbandes der deutschen Industrie zu Ende. In Entschließungen drückte die Tagung ihre Sorge wegen der Entwaffnungsnot und ihren Protest gegen die Aufrechterhaltung der Besetzung deutscher Gebiete aus, erhob ferner Bedenken gegen die jetzige Steuerpolitik, namentlich gegen die etwaige Erteilung des unbegrenzten Zuschlagsrechts für Länder und Gemeinden und verlangte Einschränkung der Ausgaben in den Gemeinden. Die bisherige Steuerfreiheit der gewerblichen Betriebe des Reiches, der Länder und Gemeinden sei aufzuheben. An die Tagung schlossen sich mehrere Besichtigungen.

Günstige Ernteausichten.

Reichsernährungsminister Graf Kanitz sprach sich im Verlaufe der Zolldebatte im Handelspolitischen Ausschuß, an den die Zollvorlage verwiesen worden ist, auch über die Ausfichten auf die Ernte aus. Der Minister führte aus, daß eine gute Ernte zu erwarten sei. Aber auch im übrigen Europa, in Amerika und Rußland sind die Ernteausfichten günstig, so daß mit Preisstürzen auf dem Weltmarkt gerechnet werden muß.

Der Ausbau der Angestelltenversicherung.

Der Reichsrat genehmigte den Gesetzentwurf über den Ausbau der Angestelltenversicherung, der eine Erhöhung der Leistungen und Beiträge um ein Drittel vorsieht. Die soziale Belastung der Wirtschaft wird sich durch die Vorlage um etwa 40 Millionen jährlich erhöhen. Ferner wurde eine neue Reichsstrafordnung und das Wehrmachts-Besoldungsgesetz, das eine erhebliche Besserstellung der Mannschaften bringt, vom Reichsrat angenommen.

Protest gegen Schulgelehrerhöhung.

Die Freie Reichsarbeitsgemeinschaft von Elternbeiräten an höheren deutschen Schulen hat beim preussischen Ministerium für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung gegen die beabsichtigte Erhöhung des Schulgeldes an den höheren Schulen scharfen Einspruch erhoben. Eine Erhöhung des Schulgeldes würde nach dem Protest zur Folge haben, daß gerade die Kinder aus minderbemittelten Kreisen, die bisher der höheren Schule eine große Zahl von tüchtigen und begabten Schülern zugeführt haben, in Zukunft vom Besuch der höheren Schule ausgeschlossen würden.

Aus In- und Ausland.

Berlin. Der neue amerikanische Botschafter in Berlin, Schurmann, ist jetzt hier eingetroffen und wird die Botschaftergeschäfte demnächst übernehmen.

Berlin. Dem Reichstag ist ein Gesetzentwurf über Erhöhung der Gebühren für Zeugen und Sachverständige zugegangen. Die Zeugengebühr soll fortan bis 150 M. für die angelegene Stunde, die Gebühr für Sachverständige bis 6 M. für die Stunde betragen.

Münster. Die Besatzungsbehörde hat das Aufhebungsverbot des Jahrtausendfestspiels aufgehoben, nachdem sie die Versicherung erhalten hat, daß das von ihr beantragte Einziehen der Nationalhymne am Schluß der Aufführung nicht stattfinden würde.

Paris. Das Transferratkomitee hat in Brüssel Sitzungen abgehalten, in deren Verlauf es sich mit laufenden auch Deutschland betreffenden Fragen beschäftigte. Die Mitglieder des Komitees werden mit den hauptsächlichen Vertretern der auf dem Kongreß der Internationalen Handelskammer angenommenen die Transferrierungsfrage betreffenden Anträge Fühlung nehmen.

Deutscher Reichstag.

(84. Sitzung.) BC. Berlin, 26. Juni.

Nach Schluß der gestrigen Sitzung entspann sich noch eine längere Geschäftsordnungsdebatte über die Verteilung der Sitze in den Ausschüssen, die der Stärke der verschiedenen Parteien im Hause nicht mehr entsprechen. Eine Neuberechnung, die sofort in Kraft tritt, wurde beschlossene. Der Ältestenrat beschloß später, daß einstweilen die Ausschüsse in ihrer jetzigen Besetzung weiterarbeiten sollten. Bei Festsetzung der Tagesordnung für die heutige Sitzung beantragte der völkische Abg. Fried, den deutschen nationalen Antrag auf Kündigung des kürzlich beschlossenen spanischen Handelsvertrages als ersten Punkt auf die Tagesordnung zu setzen. Graf Westarp (Dnt.) erklärte, die Regierung habe diese Kündigung bereits in Aussicht gestellt. Nach einer erregten Auseinandersetzung wurde schließlich beschlossen, den Antrag zur Kündigung des Handelsvertrages an dritter Stelle auf die Tagesordnung zu setzen.

Die Verlängerung der 3. Steuernotverordnung, beantragt von den Regierungsparteien, kam heute zunächst zur Sprache. Dabei wies Abg. Reil (Soz.) darauf hin, daß im vorigen Jahre, als die Deutschen noch nicht Regierungspartei waren, sie die Aufhebung der dritten Steuernotverordnung beantragt hätten. Die Sozialdemokraten

Der Staatsstreich in Griechenland.

Die „Glacéhandschuh-Revolution“.

Die Revolution in Griechenland, die ihren Anfang in Saloniki nahm, hat auch auf die Hauptstadt Athen und das übrige Land übergegriffen. Die Revolutionäre sind Herr der Lage und ihre Forderung nach Rücktritt der Regierung ist ohne Blutvergießen erfolgt, wie überhaupt die ganze Revolution bisher keinen Tropfen Blut gekostet hat, was ihr den Epitheton einer „Glacéhandschuh-Revolution“ eingetragen hat.

Die Ursachen zum Staatsstreich

Sollen in der Ansicht der Offiziere zu suchen sein, daß das jetzt zurückgetretene Kabinett Michalakopoulos sich nicht genügend um die Reorganisation des Heeres gekümmert habe, ebenso nicht um die Entwicklung der Wirtschaft, weshalb seine Außenpolitik der Geschichte ermangelte und nur zu Mißerfolgen geführt habe, namentlich in Serbien und in der Türkei. Die Offiziere machten ihm ferner zum Vorwurf, daß es ausländischen Kapitalisten zu große Zugeständnisse gemacht und damit Griechenland finanziell von Ausländern abhängig gemacht habe.

General Panajalos, der Führer der Revolution, hat zunächst die Staatsgewalt an sich gerissen und will die Regierungsgeschäfte zunächst als Diktator führen. Er hat eine

Proklamation an das Volk

gerichtet, in der er feststellt, daß die ungeheure Mehrheit des Volkes, des Heeres und der Marine die Umsturzbewegung billigt. Er verpflichtet darin eine gute Verwaltung, Gleichheit für alle, Wiederherstellung der öffentlichen Ordnung, eine exemplarische Bestrafung aller Unterschleife an öffentlichen Geldern, sofortige Reorganisation der militärischen Kräfte und die Regelung der Flüchtlingsfrage.

Nach weiteren Meldungen aus Athen hat General Pangalos sein Hauptquartier im Kriegsministerium aufgeschlagen. Zahlreiche hohe Militärs, die im Dienste der ehemaligen griechischen Regierung standen, haben ihren Abschied genommen. Die Geschäfte und Banken in Athen sind geschlossen.

würden die jetzige Taktik dieser Partei nicht billigen und deshalb den Gesetzentwurf ablehnen.

Abg. Korsch (Dnt.) lehnte den Gesetzentwurf ebenfalls ab. Die Reichsparteien hätten in der Aufwertungsfrage ein demagogisches Spiel mit den Interessen der betrogenen Aufwertungsgläubiger getrieben.

In der Einzelberatung erklärte der Abg. Reil (Soz.), der deutsche nationale Abgeordnete Herget hätte sich während seiner Rede zum Wort gemeldet, um offenbar Ausführungen über die Aufwertungsfrage zu machen. Nachdem eine Besprechung der deutschen nationalen stattgefunden hätte, habe Herr Herget seine Wortmeldung zurückgezogen. (Sört! hört! links.)

Abg. Bergt (Dnt.) erklärte, daß er sich zwar zum Wort gemeldet habe, aber seine Fraktion ihn gebeten hätte, nach dem Unfuss, den der Abg. Korsch verjagt habe, seine Wortmeldung zurückzuziehen.

Das Haus nahm dann den Gesetzentwurf in allen drei Lesungen an. Die dritte Steuernotverordnung ist damit bis zum 15. Juli d. J. verlängert.

Das Haus wandte sich dann der zweiten Beratung der

Novelle des Unfallversicherungsgesetzes

zu. Diese enthält einen Ausbau der Sachleistungen mit den durch die Nachkriegsverhältnisse erforderlich gewordenen Änderungen, teilweise mit rückwirkender Kraft, sowie einen Ausbau der Verletzte- und Hinterbliebenenrente.

Abg. Beder-Herborn (Soz.) meinte, die Hauptaufgabe müsse sein, Unfälle zu verhüten. Dazu sei eine freiere Stellung der technischen Aufsichtsbeamten erforderlich, die aber von den zuständigen Stellen nicht zu erreichen gewesen sei. Auch den Betriebsräten müßte eine größere Handlungsfreiheit zustanden werden.

Abg. Schwarzer (Bayer. Vp.) hob hervor, daß die soziale Gesetzgebung zurzeit leider beeinträchtigt werde durch die schwierigen wirtschaftlichen Verhältnisse; auf den dringlichsten Gebieten der Invalidenrente, der Erhöhung der Arbeitslosenfürsorge und Erweiterung der Krankenfürsorge bringe der vorliegende Entwurf aber wesentliche Hilfe. Der Redner setzte sich dann noch für einen Antrag der Reichsparteien, des Zentrums und der Wirtschaftlichen Vereinigung ein, der die minimale Unfallrente, die für eine verminderte Erwerbsfähigkeit von 10% gezahlt werde, durch eine Kapitalabschabung in Höhe einer dreifachen Jahresrente abgelten will.

Abg. Nabel (Dnt.) sieht die Tendenz der Vorlage in einer Entlastung der Verletzten und Belastung der Verstorbenen. Abgesehen von einigen Dekorationen und von einer kleinen Verschönerung des Gesetzes habe die Regierungsvorlage in den 20 Ausschüssen keine Änderungen erfahren.

Abg. Ziegler (Dem.) führte aus, wenn durch den Entwurf auch nicht alle zu erhebenden Ansprüche erfüllt worden seien, so würde die Verabschiedung des Gesetzentwurfes doch auf vielen sozialen Gebieten gegenüber dem bisherigen Zustand eine erhebliche Besserung bringen.

Abg. Stör (Völk.) meinte, es sei nicht wenig, was an sozialer Reform durch die Vorlage geboten werde. Bedauern müsse man, daß es nicht möglich war, den Kreis der Versicherungsberechtigten zu erweitern. Das müsse bald geschehen.

In der Einzelberatung setzte sich der Abg. Aufhäuser (Soz.) für einen Antrag ein, die Angestellten des Gastwirtschaftsberufes sowie das Theaterpersonal sofort in den Kreis der Unfallversicherungspflichtigen aufzunehmen.

Abg. Frau Schröder (Soz.) wünschte, daß auch das Krankenpflegerpersonal in die Unfallversicherung einbezogen wird. Der sozialdemokratische Antrag wurde gegen die Stimmen der Sozialdemokraten und Kommunisten abgelehnt.

Ein weiterer sozialdemokratischer Antrag, der den durch Unfall voll erwerbslos Gewordenen eine Rente von 100% des Lohnes geben will, wurde in unentschiedener Abstimmung mit 247 gegen 138 Stimmen abgelehnt.

Preussischer Landtag.

(55. Sitzung.)

tt. Berlin, 26. Juni.

Vor Eintritt in die Tagesordnung beantragte Abg. Pica (Komm.), den kommunikativen Antrag auf die heutige Tagesordnung zu setzen, der fordert, daß im Plenum eine Aussprache stattfinden soll über die Umbildung der preussischen Regierung und der darin eine Reihe von kommunikativen Wunschkündigungen festlegt. Die Forderung scheitert, da Widerspruch aus dem Hause erhoben wird. Das Haus überweist sodann vier Anträge Conradt (Dnt.) über Handelsverträge der Ausfuhrberatung, ebenso Anträge über Straßenhandel und Photographiegewerbe. Es entspinnt sich dann eine Debatte über den Fall des Abg. Bischoff (Wirtschaftsp.), der wegen einer nichtbefolgten Vorladung als Feinde vom Gericht in eine Selbststrafe genommen worden ist. Mehrere Redner setzen darin eine Beschränkung der Abgeordnetenrechte. Ein Vertreter des Justizministeriums erklärt, die wegen Nichterschuldigung verhängte Strafe sei nachträglich aufgehoben worden. Es wird verschiedentlich betont, zu einer Strafverhängung sei die Genehmigung des Landtages erforderlich. Ein Antrag des Ausschusses wird angenommen, der ein Gutachten des Ministeriums über den Fall fordert. Dann wird die zweite Beratung des Staatshaushalts bei der

Försterverwaltung

fortgesetzt. Besprochen werden Waldweide, Gerechtsame der Waldbewohner, Holzgerechtigkeiten, Ausbildung der Försterbeamten usw. Ein Landförstermeister erteilt Auskunft über die Regelung der Verhältnisse der Moosbruchwächter in Ostpreußen.

Deutschlands Antwort an Frankreich

Berlin, 26. Juni.

Das Reichskabinett hat in mehrtägigen Verhandlungen über die französische Antwort auf die Sicherheitsvorschlüsse Deutschlands beraten. Die Reichsregierung ist nach Berichten aus politischen Kreisen zu dem Entschluß gekommen, daß zwar offiziell auf schriftlichem oder mündlichem Wege in Paris und in London das grundsätzliche Einverständnis der deutschen Regierung zu weiteren Verhandlungen über die Sicherheitsfrage mitgeteilt wird, auf Einzelheiten der Antwortnote Brando und auf die darin ausgesprochenen bestimmten Forderungen Frankreichs und Englands für den Abschluß von Friedensverträgen, Garantieverträgen und den Eintritt Deutschlands in den Völkerbund nicht geantwortet werden soll. Die deutsche Regierung wird vielmehr darauf aufmerksam machen lassen, daß diese Fragen in der Antwortnote Brando nicht klar behandelt sind, und entsprechende Rückfragen stellen. Erst wenn diese Rückfragen beantwortet sind, wird die deutsche Regierung weitere Entscheidungen fassen können.

Die Hauszinssteuer für den Wohnungsbau

Voraussichtlich 20 % der Friedensmiete.

Der Wohnungszuschuß des Reichstages nahm zu dem kürzlich angenommenen Antrag, wonach auf drei Jahre mindestens 20 % der Friedensmiete für Wohnbauzwecke zu verwenden sind, Stellung. Dieser Antrag wird bei der Beratung des Regierungsentwurfs des Finanzausgleichs zwischen Reich, Ländern und Gemeinden von großer Bedeutung sein.

Nach den Berichten der einzelnen Fraktionen ergab sich, daß die Sozialdemokraten, die Demokraten, das Zentrum und die Vaterländische Volkspartei sich für 20 % auch im Steuerausgleich, in dem der Finanzausgleich beraten wird, einsetzen werden. Alle Parteien waren darin einig, daß unter 15 % nicht heruntergegangen werden könne, wobei allerdings einige Parteien ihre Stellungnahme von gewissen Voraussetzungen abhängig machten.

Japanische Kriegsvorbereitungen gegen China?

Große Baumwollaufläufe Japans.

Nach Londoner Meldungen aus Bombay haben japanische Agenten dort plötzlich Umarmungen von Baumwolle aufgekauft, so daß die Baumwollvorräte am Markt fast gänzlich verschwunden sind. Londoner Blätter schließen aus diesen Käufen auf japanische Kriegsvorbereitungen gegen China. Dieser Eindruck wird noch verstärkt durch japanische große Nachfragen nach einer Manganverbindung, die zur Herstellung von Munition gebraucht wird.

Neue Zwischenfälle werden aus China nicht gemeldet, wenn auch die Erregung dort noch immer sehr groß ist. Eine Demonstration in Peking von 20 000 Teilnehmern forderte auf zahlreichen Plakaten den Krieg gegen

Das alte Lied.

Roman von Fr. Lehne.

6

Nachdruck verboten n

Wie anders hatte er sich doch für sein geliebtes Kind gedacht! So ging sie dahin, einem Leben voller Glanz und Reichtum entgegen — mit einem alternen Gatten, das junge Weib, unbewußt des Opfers, das sie bringen würde. — Regina war sein Kind, ein Stück seines heiß empfindenden Herzens. Er kannte sie und fürchtete darum für sie und deshalb sagte er nochmals:

„Lach ab, mein Kind, lach ab von Deinem Vorhaben! Es ist eitel Trug; kein Glück kann Dir erblühen!“

„Es ist mein fester Wille, Vater; ich weiß, was ich will!“

„Nun denn — aber sag mir zuvor, Du weißt keinen, der Dir vor allen wohlgefällt, an den Du denkst?“

Lächelnd schüttelte sie den blonden Kopf.

„Nein, Vater, niemand! Mein Herz ist frei.“

„Gut, dann werde ich, wenn auch schweren Herzens, zugeben. Und Du, Regina, wirst ihm eine treue Gattin sein.“

Da sah sie auf, betroffen von dem ernsten Ton.

„Vater,“ sagte sie dann plötzlich, „Vater — und wenn doch die Liebe einmal kommen sollte, die Liebe zu einem anderen Manne?“

„Dann bete zu Gott, mein Kind, daß er diesen Reiz an Dir vorbeigehen lasse und Dich wiederum auf den rechten Weg führe. Doch eine ehrliche, treue Frau darf solche Gedanken gar nicht in sich aufkommen lassen. Du hast es so gewollt und darfst weder nach rechts, noch nach links blicken.“

„Wie kam ich nur auf diese törichte Frage? Nein, Vater —“ Sie umschlang beide Eltern, „einmal soll es doch so gut! Also freut Euch mit mir! Ich bleibe ja in Eurer Nähe! Schreibt ihm gleich!“

Der Pfarrer sagte ihre beiden Hände und sah tief in die leuchtenden Augen.

„Wie Du willst, mein Kind! Möge es Dir zum Segen gereichen!“

Regina war allein. Sie sah die schöne herrliche Villa, sich darin als Herrscherin — und daneben den alten Gatten. Ihr Liebhaber fiel ihr ein — das

England. Der Dienstälteste der diplomatischen Vertreter in Peking suchte das chinesische Auswärtige Amt auf, beantwortete mündlich die letzte chinesische Note und legte die einzelnen Punkte dar, die sich nicht auf die strittigen Fragen beziehen, wie sie zurzeit mit den Provinzregierungen erörtert werden. Er sprach auch die Hoffnung aus, die chinesische Regierung werde ihren Vertretern bezüglich der wichtigsten Punkte, die noch zu besprechen seien, genaue Weisungen erteilen.

Strafanträge im Rathenau-Prozess.

s. Leipzig, 26. Juni.

Im Rathenau-Prozess beantragte heute Staatsanwaltschaftsrat Dr. Rüder, der die Reichsanwaltschaft vertritt, gegen Brandt drei Jahre und sechs Monate Zuchthaus und für Küchenmeister Freisprechung. Bei Brandt sollen 13 Monate auf die erlittene Unteruchungshaft angerechnet werden. Aberkennung der bürgerlichen Ehrenrechte wurde nicht beantragt, da es sich um einen Mord aus politischen Beweggründen gehandelt habe.

Der Reichsanwalt führte aus, daß Brandt von dem Mordplan unterrichtet gewesen sei, und daß er alles hätte tun müssen, um den Mord zu verhindern: er hätte also Anzeige erstatten müssen, er habe sich, da er das nicht getan habe, wissentlich und vorsätzlich der Beihilfe zum Mord schuldig gemacht. Bei Küchenmeister dagegen sei nicht festzustellen gewesen, daß er von dem Mordplan gewußt habe. Bei der

Zeugenvernehmung.

die dem Plädoyer des Staatsanwalts vorangegangen, erregten besonderes Interesse die Aussagen der Verurteilten und Beschuldigten aus dem ersten Rathenau-Prozess. Korvettenkapitän Abendroth-Dresden gab an, daß Brandt nach seiner Überzeugung politische Mordverurteilung habe. Unter großer Bewegung wurde dann Ernst Werner Schow, der zurzeit in der Strafanstalt Sonnenburg seine 15jährige Zuchthausstrafe verbüßt, vorgeführt. Auch Tillesen (der im übrigen Strafausschub hat) und vier andere Verurteilte wurden vernommen. Während die Aussagen einiger dieser Zeugen sich mit denen des Zeugen von Abendroth deckten, wurde Brandt von Tillesen ziemlich schwer belastet. Tillesen führte aus, daß Brandt nach seinen Besprechungen mit den späteren Rathenau-Mördern Kern und Fischer hätte wissen müssen, daß gegen Rathenau ein Attentat geplant war. Für Küchenmeister traten mehrere Zeugen in die Spranten. Ein Arzt aus Freiberg i. S. bezeichnete ihn als schwer nervenleidend. Sein früherer Lehrer, Dr. Schulz, schilderte ihn als einen gütlichen und milden Menschen, dem der Wille zu einem Mordplan nicht zusutrauen sei. Der Vorsitzende stellte fest, daß bei Küchenmeister auch ein Waffenlager gefunden wurde. Dr. Scherz-Dresden ist der Meinung, daß Küchenmeister sein Auto nicht hergegeben hätte, wenn er gewußt hätte, daß es zur Ausführung einer verbrecherischen Tat dienen sollte.

Dr. Edener über einen Nordpolfug.

Heimkehr vom Siebenstaatenflug.

Berlin, im Juni.

Der Siebenstaatenflug, an dem sieben Vertreter der deutschen und der österreichischen Presse teilnahmen, und der über eine Flugstrecke von mehr als 4000 Kilometer führte, ist glücklich beendet: die Flugteilnehmer sind in Berlin gelandet. Zu ihrer Begrüßung fand eine feierliche Veranstaltung statt, an der auch Dr. Edener teilnahm. In einer Rede, die er hielt, wies er auf die unbedingt erforderliche und auch mögliche Einigkeit im Zusammenwirken zwischen Luftschiffahrt und Flugzeugwesen hin. Er betonte, daß die Strecken bis zu 2500 Kilometer in aller kürzester Frist vom Flugzeug spielend beherrscht werden können. Was jedoch darüber hinausginge, müsse für die nächste Zeitspanne noch der Luftschiffahrt überlassen bleiben. Er persönlich denke sich die weitere Entwicklung des Flugwesens derart, daß für das Überfliegen der großen Entfernungsspannen das Luftschiff in Frage komme, dem dann das Flugzeug als Zuträger dienen könnte.

Über die Möglichkeiten eines Zeppelinfluges zum Nordpol äußerte sich dann Dr. Edener wie folgt: Im Prinzip könne man einen Nordpolfug mit Spitzbergen als Zwischenlandungsort, für ausfallsicher halten. Allerdings wäre dazu die Genehmigung der Entente erforderlich, da ja Deutschland nach den Bestimmungen des Friedensvertrages keine Luftschiffe für den eigenen Gebrauch bauen dürfe. Aber es sei anzunehmen, daß, da es sich um ein wissenschaftliches Unternehmen handle, die Genehmigung erteilt werden würde. Wie die Frage der Geldbeschaffung. Man würde mit über zehn

vom alten König und dem jungen Pagen — Bah, man war nicht mehr im Mittelalter — sie würde schon glücklich werden, ganz gewiß. Und ein fester Zug grub sich um ihre feinen Lippen. Sie wollte ihre Jugend und Schönheit nicht in unnützer Sentimentalität verträu-

ern, bis der Reize kam. Wer sollte dies sein? Vielleicht jener schöne, brünette Offizier, den sie schon einmal hatte zurechtwischen müssen, weil seine Bewunderung gar so andringlich war? Er gefiel ihr dennoch gut — aber er hatte kein Geld und keinen Namen — „Maria Regina, Gräfin Rodenberg,“ sagte sie da ganz laut mit einem selbstamen, triumphierenden Lächeln, „wie schön das klingt, wie stolz und vornehm! Ja, ich will es!“ Und ihre hohe Gestalt reckte sich, als ob sie schon jene Stellung inne hätte!

Nun war sie verlobt mit ihm. Ungeheures Staunen hatte dies hervorgerufen. Kopfschütteln und — Reiz! — Aber unbekümmert darum, schritt sie hocherhobenen Hauptes ihren Weg. „Wie stolz und hochmütig ist sie geworden,“ zischelte es um sie her. Aber was ging sie das an? Zahllos waren die Glückwünsche gewesen, die sie bekommen — Schulkfreundinnen, von denen sie nicht mehr beachtet worden war, weil die sich besser dünkten, als die arme Pfarrerstochter, hatten sich zu ihr gedrängt — aber sie hatte sie alle abfallen lassen. Nicht aus Hochmut, nein — sie war aber klug genug, zu sehen, wie es gemeint war, wenn es galt, nicht Regina Hartmann, sondern der zukünftigen Gräfin Rodenberg. Und der Diakon, wie er sie anschaute — sie konnte deutlich in seinen Augen lesen: nun doch ohne Liebe! Aber freilich ein Graf, und wenn es auch ein alter Mann ist, ist doch etwas anderes! — Sie fühlte sich froh und glücklich — und ihr Verlobter trug sie auf Händen. Jeden Wunsch, den er ihr von den Augen ab, und kein Tag verging, an dem er sie nicht mit einem kostbaren Geschenk überraschte — nichts war ihm zu gering für seine schöne Braut, die er mit fast wahnsinniger Fürsicht liebte. Und das war das Einzige, was sie manchmal mit Bangen erfüllte. Bei seinem Verlobungsstich, den er mit brennenden Lippen auf den roten Mund gedrückt hatte, war sie bis ins Innerste zusammengeschauert, und der Gedanke war ihr gekommen: wird das immer so sein?

Millionen Goldmark zu rechnen haben, aber man dürfe wohl erwarten, daß sich außer Deutschland auch Amerika und die nordischen Staaten beteiligen würden. Die Motoren des Nordpolfahrtsschiffes müßten um mindestens 500 PS stärker sein, als die des „J. R. 3“ und der Balloninhalt müßte mindestens 100 000 Kubikmeter Gas betragen. Die Länge des Luftschiffes dürfte nicht unter 220 Meter, der Durchmesser etwa 30 bis 35 Meter betragen. Der Bau eines solchen Luftschiffes, das über den Nordpol hinweg eine schnellere Verbindung Europas mit Ostasien schaffen könnte, würde etwa 1½ bis 2 Jahre in Anspruch nehmen. Dr. Edener erklärte zuletzt, daß eine etwaige Nichtbeteiligung A und S sein Grund zur Aufgabe des Projekts sein würde. Die weiteren Verhandlungen im Reichsverkehrsministerium lassen hoffen, daß man zu einer Einigung über die Erforschung der Arktis gelangen wird.

Das Belthheimer Unglück vor Gericht.

(Fünfter Tag.)

s. Minden, 26. Juni.

Nachdem in der gestrigen Nachmittagsitzung noch mehrere Zeugen übereinstimmend ausgesagt hatten, daß die Unglücksfahre nicht übermäßig belastet und aus gutem Material hergestellt gewesen sei, wurde die Beweisaufnahme geschlossen. Die heutige Verhandlung begann mit der

Bernehmung der Sachverständigen.

Als erster Gutachter kam Oberst Stobbe vom Reichswehrministerium zu Wort. In längerer Rede legte er dar, daß Oberleutnant Jordan für die technischen Anordnungen allein verantwortlich gewesen sei. Die Fährre, die an sich ein brauchbares Beförderungsmittel sei, erweise sich als ungeeignet für die Beförderung von dichtgedrängten Menschenmassen. Oberst Stobbe verbreitete sich über die Mängel der Fährre zu vier Pontons und über Versuche mit der Gierfährre (d. h. Seil- oder Kettenfährre, bei der ein quer über den Fluß gelegtes Tau oder eine Kette dem Fährboot als Führung dient), die durch den Krieg unterbrochen und dann nicht wieder aufgenommen worden seien. Oberleutnant Jordan, der erst 1914 Offizier geworden sei, sei wohl mit der Fährre wenig vertraut gewesen und habe im Vertrauen auf die Vollständigkeit der bestehenden Vorschriften sicher gehandelt, wie auch ältere Offiziere gehandelt hätten. Der Sachverständige ist weiter zu der Überzeugung gelangt, daß durch das Fehlen des Rettungspontons das Unglück nicht verschärft worden ist. Der zweite Sachverständige, Oberst von Sommerfeld-Kassel, ist der Ansicht, daß den Oberleutnant Jordan keine Schuld treffe, sondern weit eher die obersten Behörden, die eine so veraltete Fährre längt aus den Bestimmungen hätten streichen müssen. Er selbst hätte gegebenenfalls genau so gehandelt wie Jordan.

Der Moskauer Studentenprozeß.

Eine Erklärung des Berliner Polizeipräsidenten.

Moskau, 26. Juni.

Im Moskauer Prozeß gegen die deutschen Studenten bezeichnete der Angeklagte Diemar die beiden anderen Angeklagten, Kindermann und Wolke, als bezahlte Agenten der deutschen Polizei und sich selbst als einen ehrenhaften Nationalisten, der für die von ihm geleiteten Dienste keinerlei finanzielle Entschädigung erhalten habe. Er sei der „Organisation Consul“ im Jahre 1924 beigetreten und habe von einem gewissen Rose, der als Zeuge erscheinen wird, Instruktionen erhalten. Dann sei er der deutschen kommunistischen Partei beigetreten, und zwar auf Veranlassung der „Organisation Consul“. Er habe den Versuch gemacht, einen Zusammenstoß zwischen der Sowjethandelsmission und den Kommunisten aufzudecken. Legationsrat Giltner von der deutschen Botschaft bestritt die gegen ihn erhobenen Beschuldigungen, daß er in Verbindung mit den Angeklagten gestanden habe.

Berlin, 26. Juni.

Das Berliner Polizeipräsidentium teilt mit, daß die Behauptung der roten Fahne, die Angeklagten von Moskau hätten als Späher im Dienste der Berliner Polizei gestanden, völlig aus der Luft gegriffen sei. Die Berliner Polizei habe zu keinem von ihnen jemals in Beziehungen gestanden.

Lokales und Provinzielles.

Salver, den 28. Juni 1925

Ewigkeit.

Psalm 90,2: Herr Gott, Du bist unsere Zukunft für und für. Ehe denn die Berge wurden und die Erde und die Welt geschaffen worden, bist Du, Gott, von Ewigkeit zu Ewigkeit.

In dieser abgelaufenen Woche war Sommeranfang, der längste Tag im Jahr. Nach ihm kam die Nacht. Uns war es gegeben, an diesem Tag durch den Verwalter zu

Würde sie das Gefühl auch gehabt haben, wenn jener hübsche, brünette Offizier sie geküßt hätte? Aber weit wies sie das weg; dennoch war sie erfinderisch im Auffuchen von Gelegenheiten, nicht mit dem Verlobten allein zu sein, um seine Liebesfugungen nicht erdulden zu müssen, die ihr peinlich waren.

Einmal fragte er sie: „Mein süßes Herz, sag, liebst Du mich denn? Du bist so kühl, während ich —“

„Ja, Adalbert,“ sagte sie, „ich bin Dir von Herzen gut und dankbar!“

„Dankbarkeit will ich nicht, Renee, ich will Deine Liebe! Mir genügt nicht bloß das Gute.“

„Dann weiß ich nicht, was Du willst —“

„Du bist zu kalt —“

„Das ist meine Natur, Adalbert, dagegen kann ich nicht —“

„Undine“ sagt man öfter zu mir.“

„Nicht einmal hast Du mich geküßt,“ sagte er mit leisem Vorwurf in der Stimme. „Du hast gewiß einen andern Lieb — ja, bestimmt, das wird es sein.“

fuhr er lebhafter fort, wie von einem Gedanken erfasst. Groß und ruhig sah sie ihn an.

„Wenn das der Fall wäre, Adalbert,“ entgegnete sie auf seine Worte, „dann würde ich Dir mein Wort nicht gegeben haben. Mein Herz ist frei, und nun bitte, quäle mich nicht mit unbegründeter Eifersucht; das könnte ich niemals vertragen.“

Er schwieg daraufhin, nahm sich aber vor, die Hochzeit so viel wie möglich zu beschleunigen, damit seine Renee, wie er sie mit Vorliebe nannte, endlich ganz sein war. Und mit diesem Vorsatz stieg er auch auf seinen Widerspruch. Besonders der Frau Pfarrer war es lieb, da sie sich durch den vornehmen Schwiegerjohn doch etwas gedrückt fühlte. Regina war ebenfalls damit einverstanden; denn der Brautstand bereitete ihr doch ein Unbehagen, ohne daß sie es sich selbst eingestehen wollte. — Graf Rodenberg wollte seiner Frau den Rhein zeigen: den Winter beabsichtigte er in Rom zuzubringen, was den Regina große Freude hervorrief. Denn es war ja immer ihr höchster Wunsch gewesen, zu reisen, die Welt kennen zu lernen. Und all dieses Gute wurde ihr durch den Mann an ihrer Seite geboten.

(Fortsetzung folgt.)

Kleine Nachrichten.

Jahresjubiläum des Reichsarbeitsministers.
Berlin, 26. Juni. Reichsarbeitsminister Dr. Braun feiert morgen sein fünfzigjähriges Ministerjubiläum. Der Reichsarbeitsminister ist am 27. Juni 1920 in das Kabinett Nehrbach eingetreten und hat im Laufe der vergangenen fünf Jahre bereits an acht Kabinetten teilgenommen.

Verurteilter Hochverräter.

Leipzig, 26. Juni. Vor dem 4. Strafsenat des Reichsgerichts hatte sich der Metallarbeiter Alfred Fährich aus Freital bei Dresden wegen Hochverrat und Aufforderung zum Sprengstoffverbrechen zu verantworten. Beim Einmarsch der Reichswehr in Sachsen und der Herstellung der Reichsregierung richtete Fährich einen Brief an die kommunistische Kampfbewegung, in dem er aufrief, die Militärs durch Sprengstoff in die Luft zu sprengen. Auch wurden andere verbrecherische Pläne bei ihm aufgefunden. Das Gericht verurteilte Fährich wegen Vergehens gegen § 7 des Republikverfassungsgesetzes und wegen § 10 des Sprengstoffgesetzes zu 1 Jahr 10 Monaten Zuchthaus und 300 Mark Geldstrafe, wovon 10 Monate und die Geldstrafe als verbüßt gelten.

Neue kommunistische Waffenkiste.

Dresden, 26. Juni. Das Pressamt des Polizeipräsidiums teilt mit: Die politische Polizei hat gestern in Pirna erneut eine Hausdurchsuchung vorgenommen und in dem Hause, in dem der Angelegenheit festgenommene Kommunist seine Wohnung hat, ein weiteres Waffenlager ermittelt und beschlagnahmt. Das neuerdings aufgefundenen Waffenlager bestand aus 12 Infanterielegewehren Modell 98, 5 weiteren Schusswaffen, 4 Infanterielegewehren, 2 Maschinengewehrteilen mit je 250 Schuß gefüllten Gurten, 13 Patronen Sprengstoff (Silbit A) und weiteren 500 Schuß Munition verschiedener Art.

Abd-el-Krim vor Fez.

Paris, 26. Juni. Nach den letzten Nachrichten aus Marokko ergibt sich, daß der Vorkampf Abd-el-Krims gegen die Verbindungsstrassen zwischen Fez und Taza den Ausfall zu einer allgemeinen Offensive darstellt. Abd-el-Krim übt einen Druck aus, um die feindlichen Stämme nördlich und südlich der Straße in den Kampf hineinzuziehen. Ferner ist Abd-el-Krim in Verbindung mit den Stämmen des mittleren Atlas getreten. Der Kampf ist infolge des Drucks der Ristruppen bereits heftig entbrannt. Im Nordwesten, meldet der Bericht weiter, stehen Dörfer ebenso wie im Zentrum und südlich von Fez el Val in Flammen. Danach müßten die aufständischen Truppen südlich des Ughafusses vorgedrungen sein und die Offensive gegen Fez eröffnet und gleichzeitig östlich und westlich der Stadt Fortschritte gemacht haben.

Aus dem Gerichtssaal.

§ Urteil in einem Prozeß zwischen dem Staat Preußen und dem Hohenzollernhaus. In dem Prozeß zwischen dem preussischen Staat und dem vormals regierenden Königshaus über das zum sogenannten Hausfideikomisse gehörige Rittergut Theurow bei Königs-Wusterhausen hat das Landgericht Frankfurt a. O., vor dem der Prozeß am 12. Juni eingehend verhandelt worden war, jetzt sein Urteil verkündet. Es hat die Klage des preussischen Staates auf Feststellung seines Eigentums an dem Gut und auf Grundbuchliche Umschreibung des Gutes Theurow auf den Staat abgewiesen und damit das Privateigentum des Königshauses anerkannt. Das Landgericht hat sich auf den Standpunkt gestellt, daß alle Streitfragen durch die Kabinettsorder Könia Friedrichs

Wilhelms IV. vom 3. August 1844 endgültig erledigt seien. Diese Order war nach eingehenden Untersuchungen der einzelnen Ministerien und auf Grund eines ausführlichen Gutachtens des gesamten Staatsministeriums ergangen und hatte den Fideikommissbesitz nach dem Tode des Prinzen August von Preußen (gest. 19. Juli 1848) dem königlichen Hause als Privatvermögen zugewiesen. Das Landgericht hat ausgesprochen, daß die Kabinettsorder ein Gesetzgebungsakt des absoluten Königs gewesen sei und eine endgültige Rechtslage geschaffen habe. Dem Vernehmen nach wird der preussische Finanzminister gegen das Urteil Berufung einlegen.

§ Ein Separatistenprozeß. Vor dem Schwurgericht in Frankfurt a. M. wurde ein Separatistenprozeß verhandelt. Gelegentlich des Separatisteneinmarsches in Neustadt a. Saard hatte der Gärtnergehilfe Helf den Eisenbahnbediensteten Theobald aus Lachen durch einen Schuß tödlich verletzt. Das Gericht erkannte gegen den Angeklagten nur auf das Verbrechen des Totschlags. Helf wurde zu sechs Jahren Zuchthaus verurteilt.

§ Doppeltes Todesurteil im Landsberger Giftmordprozeß. Im Prozeß gegen die Frau Minna Glas und den Rechtskonsulenten Eduard Hubner, die beschuldigt waren, den Chemann der Glas durch Bleiweiß vergiftet zu haben, wurden beide Angeklagte nach dem Antrage des Staatsanwalts zum Tode verurteilt. Hubner nahm das Urteil gefaßt auf, während die Glas laut schrie und weinte.

Börse und Handel.

Ultimobefürchtungen.

Die Großbanken haben an jedem zweiten Ultimo wegen der Veröffentlichung der Zweimonatsbilanz das Bestreben, über möglichst große flüssige Mittel zu verfügen, da eine angespannte finanzielle Lage bei einer Bank einen schlechten Eindruck machen würde. Aus diesem Grunde pflegen die Großbanken an jedem Ultimo eines zweiten Monats am Geldmarkt sich mehr zurückzuhalten. Seit mehreren Tagen sind denn auch bereits an der Börse für Ultimogeld höhere Sätze zu hören als sonst. Ferner ist zu beachten, daß die Großbanken und eine Reihe angelegener Privatbanken sich angeboten haben, den Stinnes-Konzern zu stützen. Ob aber die 155 Millionen, die dazu notwendig sind, sofort zur Verfügung stehen, bleibt fraglich; jedenfalls wird auch dieser Betrag dem offenen Geldmarkt entzogen, so daß die Überwindung des Ultimos gewisse Schwierigkeiten bereitet. Der Kapitalmarkt hat in der letzten Zeit keine Veränderung zum Besseren erfahren. Dr. Schacht wies auf der Tagung des Industriellenverbandes in Köln darauf hin, daß die Reichsbank an eine Kreditleichterung nicht denken könne; man müsse einer neuen Inflation vorbeugen. Die im Handelsregister eingetragenen Berliner Firmen betragen heute noch 61 000, während es vor dem Kriege nur 31 000 waren. Eine „Abwürgung“ der wirtschaftlich Schwachen ist weiterhin wahrscheinlich, da nach Ansicht des Reichsbankdirektoriums keine andere Möglichkeit der Gesundung zu bestehen scheint. In den Vereinigten Staaten sind in den letzten Wochen nur zwei größere deutsche Kredite untergebracht worden, der der Stadt Berlin (150 Millionen Dollar zu 6%) und der der Raiffeisenzentrale. Die Vermählungen anderer Firmen blieben scheinbar erfolglos.

* Anzeichen der Großhandelsindexziffer. Die auf den Stichtag des 24. Juni berechnete Großhandelsindexziffer des Statistischen Reichsamts ist gegenüber dem

Stand vom 17. Juni (1920) um 0,7% auf 134,2 gestiegen. Höher lagen die Preise für Roggen, Weizen, Gerste, Butter, Schmalz, Zuder, Rindfleisch, Milch, Hopfen, Häute, Kalbfelle, Baumwollhalbwaren und Zinn. Niedriger lagen die Preise für Schweinefleisch, Hanf, Mehl und Kupfer. Von den Hauptgruppen haben die Agrarzeugnisse von 132,4 auf 133,9 oder um 1,1% zugenommen. Die Industriestoffe blieben mit 134,9 unverändert.

* Neuer Frankfurter. An der Züricher Börse wurde der französische Grant mit 23,70 notiert. In Paris herrscht darüber größte Beunruhigung.

Antliche Berliner Notierungen vom 26. Juni.

* Börsenbericht. Während zu Beginn der Börse die Kurse größtenteils gut behauptet waren, war gegen Schluß die Haltung überwiegend schwächer. Die wirtschaftliche und innerpolitische Lage wurde etwas günstiger beurteilt, da bessere Nachrichten über den Stand der deutsch-französischen Handelsvertragsverhandlungen vorlagen. Im Verlauf der Börse gaben dann aber Nachrichten über die Lage in China und die Ausführungen des Reichsbankpräsidenten Dr. Schacht auf der Kölner Industrietagung Veranlassung zur Zurückhaltung.

* Devisenbörse. Dollar 4,19—4,20; engl. Pfund 20,39 bis 20,44; holl. Gulden 168,21—168,43; Danzig 81,06 bis 81,26; franz. Franc 19,31—19,35; belg. 19,20—19,24; schwed. 81,47—81,67; Italien 15,25—15,29; schwed. Krone 112,38—112,66; dän. 82,53—82,73; norweg. 72,71 bis 72,89; tschech. 12,43—12,47.

* Marktbericht vom Wagnerviehmarkt in Berlin. Friedrichs-felde. Rindmarkt: Auftrieb 569 Stück Rindvieh, 128 Stück Kälber, 536 Stück Milchkuhe, 13 Stück Zugochsen, 10 Stück Bullen, 10 Stück Jungvieh, 810 Pferde. Verkauf des Marktes: Langsam, bei gedrückten Preisen. Es wurden a) zahlr. für: A. Milchkuhe und hochtragende Kühe: 1. Qualität 400—500 M., 2. Qualität 280—400 M., 3. Qualität 200—280 M. B. Ausgesuchte Kühe über Notiz: tragende Färken: 1. Qualität 250—450 M., 2. Qualität 160—280 M. per Stück; ausgesuchte Färken über Notiz. C. Zugochsen: a) gelbes Frankenvieh, Scheinfelder 45—50 M. D. Jungvieh zur Mast: Bullen, Stiere und Färken 33—40 M. per Zentner Lebendgewicht. Pferde-markt: Ausgesuchte Posten über Notiz: Pferde 1. Klasse 1000—1500 M., 2. Klasse 800—1000 M., 3. Klasse 500—800 M., 4. Klasse 200—800 M. Ruhiges Geschäft.

* Produktentbörse. Getreide und Ölsaaten per 1000 Kilogramm, sonst per 100 Kilogramm.

	26. 6.	25. 6.		26. 6.	25. 6.
Wetz. märk.	266-269	266-269	Weiz. f. Br.	13,0-13,2	13,2-13,3
pommerscher	—	—	Roßf. f. Br.	14	14-14,1
Hoag. märk.	218-222	218-222	Raps	360-370	360-370
pommerscher	—	—	Leinfaat	—	—
westpreuß.	—	—	Viktor. Erbs.	26-31	26-31
Nuttergerste	200-216	200-216	U. Speiseerbs.	25-26,5	25-26,5
Braugerste	226-245	226-245	Nuttererbsen	21-24	21-24
Hafer. märk.	231-239	231-239	Beluschten	21-23	21-23
pommerscher	—	—	Ackerbohnen	21-22	21-22
westpreuß.	—	—	Widen	24-26	24-26
Weizenmehl	p. 100 Kil. fr.	—	Lupin., blaue	10-11,7	11-11,7
Ein. br. inf.	—	—	Lupin., gelbe	14-14,5	14-15,5
Sad. (feinst.)	—	—	Serabella	—	—
M. f. h. Not.)	34-36,2	34-36,2	Rapsfuchen	15,6-15,8	15,6-15,8
Roggenmehl	p. 100 Kil. fr.	—	Leintuchen	22,5-22,8	22,5-23
Ein. br. inf.	—	—	Trodenischl.	10,2-10,5	10,2-10,4
Sad	29,7-31	29,7-31	vw. Zud.ahn.	—	—
			Torfm. 30/70	10	10
			Kartoffelsf.	21 2 21 6 20,5-20,7	

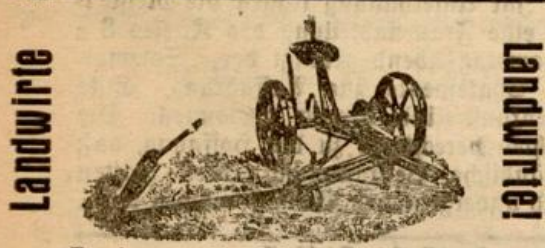
Schriftleitung Wilt. Bell jr., Halver i. Westf.

SAISON-AUSVERKAUF!

Der Saison-Ausverkauf des Lüdenscheider Einzelhandels beginnt

Mittwoch, den 1. Juli, morgens 8¹/₂ Uhr.

Gruppe Textil: Gebr. Alsberg, C. Basse & Co., Peter Funke, D. Lehenberg, Gebr. Lennhoff, Emil Menkel, F. W. Maas, Mywa Mommer, Milly Pielkau, Leopold Simon, Strauss & Schiff Nachf., J. B. Strodel, Robert Stern, Hermann Schwerin, Max Witte.
Gruppe Putz: Anna Bachtenkirch, Emilie Henke, Joh. Kruppke, H. Nuding, Erna Schmidt-Busch, Geschwister Wortmann.
Gruppe Herren-Artikel: Oskar Becker, Albert Grote, Karl Happe, Th. Kugel C. D. Sohn, Wilhelm Lüling, Wilhelm Schäfer Nachf., Louis Wurm.



Zur kommenden Saison empfehlen wir
Erntemaschinen
wie Grasmäher (Orig. Massey-Harris, Krupp-Fahr, Lanz-Wery, Deutsche Werke etc.) Heu-wender schwere Ausführung, Pferde-rechen mit T-Zinken, Vollautomat, sowie sämtliche übrigen Landmaschinen, Geräte und Ersatzteile.

Durch Waggonbezüge wirklich erstklassiger Maschinen sind wir in der Lage, günstigste Teilzahlungen evtl. bis zum Herbst gewähren zu können. Erntemaschinen werden auf Wunsch vorgeführt.

Otto Haase & Co.,
Kierspe i. Westf.
Telefon Amt Meinerzhagen 181;

Motorräder

Zündapp, — Ardie,
B. M. W.
verkauft bei sehr günstigen
— Zahlungsbedingungen —

Alb. Linnepe, Halver.
Telefon 192.

Milchversandscheine

— mit und ohne Namensaufdruck —
liefert schnell und billigst
die Geschäftsstelle dieser Zeitung.

Bausteinfabrik G. m. b. H. Kierspe i. W.

Telefon: Amt Meinerzhagen 102. Lager am Wildenkühlen.

Holz-, Kohlen-, Baustoffhandlung. Hoch- und Tiefbau

Ziegelsteine	Rheinsand	Zement	Cementrohre	Spallerratten
Schwemmsteine	Putzsand	Sackkalk	Tonrohre	Dachlatten
Bruchsteine	Schlackensand	Weißkalk	Krippenschalen	Schalbretter
Steinschlag	Bims Kies	Löschkalk	Schweineertrüge	Bord
Betonsplitt	Gartenkies	Wandplatten	Spillsteine	Bohlen
Cementdielen		Fußbodenplatten		Kirchensparren

Kohlen, Briketts, I Eisen.
Herstellung schlüsselfertiger Bauten.

Germania
zu Stettin
Versicherungs-A.-G.

General-Agentur:

Adolf Welter, Halver, Fernspr. 337

Lebens-Haftpflicht-Unfall-Autocasco
u. s. f.
Versicherungen
zu niedrigsten Tarifen.

Feuer-Versicherungen
aller Art industrieller u. landwirtsch. Betriebe
zu entgegenkommenden Prämiensätzen.
Beratungen und Offerten kostenlos.

Gesucht

für den Kreis Altena und angrenzende Bezirke.

Oberinspektor u. Inspektor gegen Gehalt
und Spesen, sowie Vertreter gegen hohe
Provisionen.
Bewerbungen schriftlich erbeten.

Ingl. Arbeiter
sucht

H. W. Buschhaus,
Oberbrügge
Bahnhofstation Völkem-
Ehringhausen.

Hoher Verdienst.
Bei guten Geschäften
nachweislich gut einge-
führter, tüchtiger

Prov.-Vertreter
von altren. weiff. Zigar-
renfabrik sofort gesuch.

Angebote unter G. T.
700 an die Geschf. des
Allgem. Anzeig. Halver.

Büstenkarten liefert
Druckerei Wilt. Bell jr.

1 geübter
Dreher

sowie 1 kräftiger
Amboß-
Schmiedelehrling

sofort gesucht.

F. W. Krägeloh,
Schalksmühle.

Mehrere
Mädchen

finden in unserer Drehe-
rei lohnende Beschäftigung
Metallwarenfabrik
P. W. Saurand
Halver.

Verkäuferin

der Lebensmittelbranche
sucht Stellung

mit voller Pension.
Offerte unter Nr 200
an die Geschäftsstelle des
Allg. Anz. Halver.

Spielkarten
Wilt. Bell jr. Halver.

Vaterl. Frauenverein
Oftschule Halver.

Mittwoch, d. 1. Juli
Ausflug

nach Krähwinkelbrücke,
wogu sämtliche Mitglieder
herz. eingeladen sind.

Abfahrt 2 Uhr vom
Bahnhof Halver. An-
meldungen bis Montag
abend bei den Vorstands-
mitgliedern.
Der Vorstand.